

Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr.

Sitzung vom 7. Dezember 2009

Korrigierte und vom Gemeinderat genehmigte Fassung.

27. Sitzung vom Montag, 7. Dezember 2009, 19.00 bis 23.30 Uhr, im reformierten Kirchgemeindehaus

Anwesend:

Gemeinderat

28 Mitglieder bis Traktandum 4

27 Mitglieder ab Traktandum 4

Stadtrat

Walter Baur

Walter Bosshard, Stadtpräsident

Mark Eberli

Hanni Guyer

Jürg Hintermeister

Hanspeter Lienhart

Max Nievergelt

Christian Mühlethaler, Stadtschreiber

Roger Suter, Stadtschreiber-Stv.

Vorsitz:

Esther Caviola

Protokoll:

Denise Meyer, Ratssekretärin

Weibeldienst:

Gino Taiana, Stadtweibel

Die Vorsitzende eröffnet die Sitzung und begrüsst die Mitglieder des Gemeinderats und des Stadtrats, das Publikum, die Pressevertreter sowie die Behördenmitglieder und das Personal der Stadtverwaltung.

Traktandenliste

Die Traktandenliste wird wie folgt gutgeheissen:



Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr. 7. Dezember 2009
Sitzung vom

1. Protokoll der Sitzung vom 16. November 2009
2. Voranschlag 2010
3. Kultur- und Begegnungszentrum Guss 81-80; Erhöhung des jährlichen Betriebsbeitrags von 30'000 Franken auf 116'000 Franken
4. Wasserbeschaffung, Zweckverband Grundwassergewinnung Stadtforen (GWS), Erweiterung mit Filterbrunnen Stadtforen 2, Bewilligung Nachtragskredit, Kenntnisnahme finanzielle Regelung Schadenfälle, Genehmigung der Bauabrechnung
5. Fragen an Kommissionen und Stadtrat
6. Diverses

Eingang von persönlichen Vorstössen

Es sind keine persönlichen Vorstösse eingegangen.

Traktandum 1

Protokoll der Sitzung vom 16. November 2009

Das Protokoll vom 16. November 2009 wird einstimmig genehmigt und verdankt.

Traktandum 2

Voranschlag 2010

Ablauf:

1. Information Stadtpräsident Walter Bosshard
2. Erläuterungen zum Voranschlag 2010 durch RPK-Präsident Alfred Schmid
3. Bemerkungen zum Voranschlag 2010 durch Finanzvorstand Stadtrat Walter Baur
4. Fraktionserklärungen



Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr. 7. Dezember 2009
Sitzung vom

5. Detailberatung
 - Produktgruppenbudget kapitelweise
 - Investitionsrechnung kapitelweise
 - Steuerfuss
6. Schlussabstimmung Voranschlag 2010

Stadtpräsident Walter Bosshard erklärt, am 16. September 2009 habe der Stadtrat die Lohnerhöhung festgelegt. Im Budget 2010 sei mit 1% Teuerung und individueller Lohnerhöhung gerechnet worden. Da sich aber der Teuerungsindex zwischenzeitlich nach unten bewegt habe, sei die individuelle Lohnerhöhung auf 0.5% festgesetzt worden, die Teuerung betrage 0. Das Budget sei deshalb um ca. 100'000 Franken nach unten zu korrigieren.

RPK-Präsident **Alfed Schmid** bedankt sich im Namen der RPK beim Stadtrat und der Stadtverwaltung für den klaren und transparenten Voranschlag. Abklärungen und Rückfragen seien dadurch erleichtert worden und der Voranschlag habe eine kritische Betrachtung erlaubt.

Für die Präsentation des RPK-Präsidenten wird auf Beilage 1 verwiesen.

Walter Fehr erklärt, er werde keinen Minderheitsantrag stellen. Der Steuerfuss werde aber in der Detailberatung noch zu Diskussionen führen.

Für die Präsentation von **Stadtrat Walter Baur** wird auf Beilage 2 verwiesen. Er fügt hinzu, dass bei den Investitionen mit Einsparungen zu rechnen sei. Der neue Finanzplan werde im Januar 2010 erscheinen.

Fraktionserklärungen

Fritz Münger erklärt namens der SP-Fraktion, die letzten Jahresabschlüsse seien dank guter Konjunktur positiv ausgefallen. Sicherlich werde es auch im 2009 einen beachtlichen Überschuss geben. Jetzt aber würden die mageren Jahre kommen. Die Behauptung, dass die Sozialausgaben aufgrund der fehlenden Ventilklausel ansteigen, stimme nicht. Er sei seit 12 Jahren Mitglied des Gemeinderats und habe dem Voranschlag jedes Jahr zustimmen können. Wichtig sei, dass grosse Ausgaben getätigt werden müssen sowie Stadt und Standort sich weiterentwickeln. Die Eigenkapitalentwicklung bestätige diese Politik. Die Einnahmenseite dürfe nicht vernachlässigt werden, weshalb von Steuerfussenkungen abgesehen werden müsse. Dem Personal nur 0.5% für individu-



Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr. 7. Dezember 2009
Sitzung vom

elle Lohnerhöhungen zu zahlen, findet er schäbig. Die SP sei froh, dass der Stadtrat das Spiel mit dem Feuer unterlassen habe und den Steuerfuss beibehalten möchte. Die SP werde den Vorschlag annehmen.

Jakob Briner sagt, die Budgetdebatte finde in einer schwierigen Zeit statt. Die Bank- und Finanzkrise habe weltweit vor zwei Jahren begonnen. Der IWF schätze, dass bis zum August 2009 insgesamt 11,9 Billionen Dollar bzw. 12'000 Milliarden Franken vernichtet worden seien. Seit Herbst 2008 seien rund 20 Millionen Stellen der Krise zum Opfer gefallen, rund 5 Millionen würden noch folgen. Die neoliberale Marktwirtschaft habe überleben können, weil die Volkswirtschaft Geld gegeben habe. So habe die Weltwirtschaft vor einem grösseren Absturz bewahrt werden können. Es sei richtig, dass es im 2010 noch nicht schlecht aussehe. Der Anstieg des Defizits von 7 Millionen Franken im 2011 auf 11 Millionen Franken im 2013 sei aber markant. Zudem werde das Fremdkapital von 63 Millionen Franken auf 113 Millionen Franken ansteigen. Er bemerkt, die juristischen Personen würden miserable Steuern zahlen und der Finanzausgleich sei immer noch wichtig für Bülach. Aus diesen Gründen könne man nicht sagen, man gehe glänzenden Zeiten entgegen. Die vorhandenen Mittel sollten sinnvoll eingesetzt werden – für Bildung und Sozialausgaben. Ebenfalls werde Geld gebraucht für grosse Investitionen in Pflegeplätze und die Infrastruktur. Die EVP begrüsse keine weitere Senkung des Steuerfusses. Es sei nicht nachvollziehbar, weshalb die RPK in der unsicheren Situation den Steuerfuss um 2% senken wolle. Die EVP werde den Vorschlag 2010 annehmen, lehne die Steuerfussenkung jedoch ab.

Alfred Schmid erklärt namens der FDP-Fraktion: „Der Gesamtaufwand der Stadt Bülach ist in den letzten Jahren kontinuierlich gestiegen von 87 Millionen Franken im Jahre 2005 auf 103 Millionen Franken per Ende 2009. Auch der Voranschlag 2010 zeigt eine Aufwandsteigerung von zusätzlichen 3 Millionen Franken auf 106 Millionen Franken. Der Trend der letzten Jahre ist ungebremst.

In einer Zeit, wo viele Bürger wegen der Wirtschaftskrise den Gürtel enger schnallen müssen, ist es aus unserer Sicht nicht vertretbar, dass die öffentlichen Ausgaben der Stadt Bülach weiter ungebremst ansteigen. Dass der Voranschlag wegen übergeordnetem Recht (sei es Bund oder Kanton) einmal mehr strapaziert wird, können wir nicht ändern. Dass aber auch die durch die Stadt beeinflussbaren Kosten in der jetzigen Situation weiter wachsen, ist für uns unverständlich und unakzeptabel. Wir stellen deshalb den Antrag, das Budget an den Stadtrat zur Überarbeitung zurückzuweisen. Wir wählen diesen Weg, weil wir dem Stadtrat offen lassen wollen, wo in welchem Bereich er Budgetkürzungen vornehmen will.

Die FDP-Fraktion ist nach wie vor bestrebt, den Steuerfuss von heute 119% dem kantonalen Mittel von zurzeit 112% anzugleichen, wie das in den Grundsatzbeschlüssen des Gemeinderats fest-



Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr. 7. Dezember 2009
Sitzung vom

gehalten ist. Selbst eine geringe Steuerfussenkung ermöglicht dem Steuerzahler, mit diesem Betrag andere auf ihn zukommende Kostensteigerungen abzufedern (Krankenkasse, Energie usw.). Dazu kommt, dass das Jahr 2009 mit einem noch nie so hohen Überschuss abschliessen wird, obwohl ein Defizit budgetiert war. Auch in diesem Punkt stellen wir den Antrag, den Steuerfuss wie im Abschied der RPK erwähnt, um 2% auf neu 96% zu senken. Das gibt dann zusammen mit der Sekundarschule Bülach 117%.“

Die Vorsitzende weist auf die Fristen und die Folgen einer Rückweisung hin und möchte über die Rückweisung gleich abstimmen lassen.

Milos Alincic macht beliebt, vor der Abstimmung alle Fraktionen die Erklärungen verlesen zu lassen.

Die Vorsitzende hat gegen dieses Vorgehen nichts einzuwenden und gibt der SVP-Fraktion das Wort.

Milos Alincic erklärt, die SVP habe den Voranschlag geprüft und finde das Defizit unerfreulich. Der Voranschlag werde aber nicht zurückgewiesen. Die SVP werde einzelne Kürzungsanträge einbringen. Die Rückweisung sei nicht sinnvoll, da alle Kommissionen und die RPK dem Voranschlag zustimmen. Viel mehr Sorgen bereite die stetige Zunahme der Ausgaben. Der Aufwand nehme überproportional zur Teuerung zu. Der Trend sei in Zukunft genau zu beobachten und mit einem Ausgabenmoratorium zu untermauern. Die Ausgaben müssten eingeschränkt werden, allenfalls sei auf Einzelnes verzichten. Der Steuerfussenkung um 2% werde einstimmig zugestimmt. Das Eigenkapital habe eine gute Grösse und die Infrastruktur sei intakt. Eine Annäherung ans kantonale Mittel sei anzustreben. Bei den Investitionen beantrage die SVP in der Detailberatung Kürzungen. Gesamthaft werde dem Voranschlag aber zugestimmt.

Mike Bader erklärt im Namen der Grünen-Fraktion: „In den letzten Jahren durfte Bülach, wie auch andere Gemeinden, von der Hochkonjunktur profitieren, was sich in hohen Jahresüberschüssen manifestierte. Auch 2009 dürfen wir nochmals einen massiven Jahresüberschuss einstreichen, nicht zuletzt, weil andere Gemeinden noch stärker profitierten und wir deshalb mehr Steuerkraftausgleich bekommen.“

Nun ist diese wirtschaftlich unbeschwertere Zeit vorbei. Die Einnahmen brechen ein und die Ausgaben, vor allem in der Bildung und in der Altersbetreuung steigen an. Profitieren (in Anführungszeichen) können wir nun insofern, dass wir wegen dem tiefen juristischen Steueraufkommen kaum Einbussen bei den Steuereinnahmen von Firmen haben. Andere Gemeinden leiden dort bedeutend



Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr. 7. Dezember 2009
Sitzung vom

mehr. Wichtig und richtig in einer solchen Zeit ist ein auf Ausgleich bedachter Gemeindehaushalt. In den guten Zeiten haben wir sparsam weiter gehaushaltet, was zu Einnahmenüberschüssen geführt hat. Es wäre nun völlig falsch, zu versuchen, die Ausgaben drastischer zu kontrollieren, als dies unser bürgerlicher Stadtrat sowieso schon macht. Konstant gut weiterarbeiten muss nun die Devise sein, und die fehlenden Einnahmen können durch unser angelegtes kleines Polster kompensiert werden. Falsch wäre hingegen eine voreilige weitere Steuersenkung, solange nicht klar ist, wie sich die Einnahmen entwickeln und die Investitionen umsetzen lassen.

In diesem Sinne trägt die Grüne Fraktion den auf Konstanz bedachten Voranschlag mit und unterstützt weitgehend die stadträtlichen Anträge.“

Diskussion Rückweisungsantrag

Mike Bader sagt, die FDP und die SVP monierten, dass der Aufwand stetig steige. Die Bevölkerungszahl von Bülach sei aber auch massiv gestiegen. So sei der Aufwand pro Einwohner tiefer als im Voranschlag 2009. Der Personalaufwand pro Einwohner sei auf dem Niveau des Jahres 2002. Er fragt, ob die FDP mit dem Antrag nur Wahlkampf betreibe. Die Grünen würden dem Rückweisungsantrag ganz bestimmt nicht zustimmen.

Fritz Münger findet eine Rückweisung dieses Budgets unverantwortlich. Dem Stadtrat zu sagen, er solle selber schauen, wo Einsparungen möglich seien, sei sehr einfach. Zu sagen, dass einfach ein bisschen gespart werden soll und sonst dem Budget nicht zugestimmt werde, sei unverantwortlich.

Walter Fehr findet das vorliegende Budget realistisch und nachvollziehbar. Erfreulich sei doch, dass zum Beispiel die Schuldzinsen gesunken seien. Weniger erfreulich sei, die Kostensteigerung von rund 129'000 Franken durch die Zusammenlegung der Betriebsämter. Auf der Ausgaben-seite gebe es aber wenig Spielraum. Er möchte den Steuerfuss beibehalten und das Budget auf keinen Fall zurückweisen.

Edith Planta konnte von den Zahlenvergleichen im Rückweisungsantrag nicht überzeugt werden. In den Vergleichen sei das Bevölkerungswachstum nicht eingerechnet. Sie werde dem Rückweisungsantrag nicht zustimmen.

Johanna Wirth Calvo erstaunt es immer wieder, dass Parteimitglieder in Kommissionen mitarbeiten und es dann doch zu einem Rückweisungsantrag komme. Sie finde dieses Vorgehen eine frag-



Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr. 7. Dezember 2009
Sitzung vom

würdige und unfaire Art von Politik. Für konkrete Vorschläge, wie die SVP sie angekündigt habe, bringe Sie Verständnis auf.

Andrea Schmidhauser erklärt, der Sinn einer Rückweisung sei, dem Stadtrat die Freiheit zu lassen, wo auf der Ausgabenseite gespart werden soll. Falls aber der Rückweisungsantrag nicht angenommen werde, seien Kürzungsanträge geplant.

Die Vorsitzende entgegnet, dass ein Rückweisungsantrag mit einem Auftrag verbunden sein müsse.

Milos Alincic gibt zu bedenken, dass sich bei einem Globalbudget ein anderes Bild zeige und der Gemeinderat nur den Gesamtbetrag bewillige.

Stadtrat Walter Baur hat viel Verständnis, dass die Ausgabenkurve Sorgen macht. Der Rückweisungsantrag zum Budget 2010 sei aber nicht der richtige Moment um ein Zeichen zu setzen. Das Budget habe wie schon erwähnt einen „Krisentouch“ drin. Für eine Rückweisung habe er kein Verständnis.

Abstimmung Rückweisungsantrag

Der Rückweisungsantrag wird mit 5 Ja : 21 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen abgelehnt.

Detailberatung

Geschäftsfeld 1 - Abfallbewirtschaftung (AB)

Zu AB-0 (Abgrenzung spezialfinanzierte Entsorgung) beantragt die Fachkommission IV, das Spezialfinanzierungskonto Nr. 1149.1 übrige Sachgüter (Unterflursammelstelle, S. 211) sei durch eine zusätzliche Abschreibung von 234'000 Franken auf null zu reduzieren.

Milos Alincic erklärt, dass die Reduktion der Gebühren in der Entsorgung von jährlich 94 Franken auf 30 Franken grossmehrheitlich begrüsst wurde. Der Fonds der Abfallentsorgung habe aber ein Luxusproblem. In diesem „Spezialkässeli“ habe es nämlich zu viel Geld. Deshalb beantrage die



Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr. 7. Dezember 2009
Sitzung vom

Fachkommission IV, dass zusätzlich zu den jährlichen 10% (26'000 Franken) auch die restlichen 234'000 Franken abgeschrieben werden. Somit müsse das Konto nicht verzinst werden. Es handle sich dabei um einen reinen buchhalterischen Vorgang.

Stadträtin Hanni Guyer hat keine Einwendungen gegen den Antrag.

Stefan Schnegg fragt, ob die 459'000 Franken auf null abgeschrieben würden und der mutmasslicher Buchwert dann 250'000 Franken betrage.

Milos Alincic korrigiert, dass 234'000 Franken abgeschrieben würden.

Denis Faoro erklärt 250'000 Franken seien budgetiert für Investitionen im Jahr 2010.

Mike Bader möchte wissen, ob die Grundgebührensenkung keinen Einfluss auf das Entsorgungsbudget habe.

Stadträtin Hanni Guyer erklärt, die Senkung betreffe die Grundgebühren von Haushalt und Gewerbe. Die Senkung mache Mindereinnahmen von 115'000 Franken aus.

Milos Alincic fügt hinzu, dass die Gebühren in eine separate Kasse fliessen.

Stadträtin Hanni Guyer ergänzt, die Senkung habe einen Einfluss auf die Höhe des Fonds. Dieser sei aber hoch und könne die Senkung ertragen.

Milos Alincic erklärt zu AB-1, dass der Antrag nur deshalb mehrheitlich sei, weil er gerne gesehen hätte, dass die Gebühr auf null gesenkt worden wäre.

Abstimmungen

- Der Antrag der Fachkommission IV, die Produktegruppe AB-0 (Abgrenzung spezialfinanzierte Entsorgung) bzw. Spezialfinanzierungskonto Nr. 1149.1 übrige Sachgüter (Unterflursammelstelle, S. 211) durch eine zusätzliche Abschreibung von 234'000 Franken auf null zu reduzieren, wird einstimmig angenommen.
- In der Folge wird dem bereinigten Produktegruppenbudget AB-0 grossmehrheitlich zugestimmt.
- Die Produktegruppe AB-1 wird einstimmig genehmigt.



Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr. 7. Dezember 2009
Sitzung vom

Geschäftsfeld 2 – Alter (AL)

Die Fachkommission III stellt einen Ergänzungsantrag zur Steuerungsgrösse AL-1. Neu soll die Anzahl der Pflegeplätze gemäss Altersleitbild aufgenommen werden. Fürs Jahr 2010 beträgt die Zahl der zu schaffenden Pflegeplätze 45.

Jakob Briner erklärt, in diesem Geschäftsfeld seien noch Korrekturen notwendig. Die Umlagekosten von 219'000 Franken unter der Produktgruppe AL-1 statt der Produktgruppe SO-4 belastet worden. Da es sich aber nur um eine Verlagerung des Betrags innerhalb der Abteilung handle, ändere sich am Globalbudgetbetrag nichts.

Die RPK beantragt, die Produktgruppe AL-1 infolge der neuen Berechnung der Umlagekosten auf neu total 702'000 Franken (statt 921'000 Franken) zu kürzen.

Alfred Schmid fragt, ob die durch die Verschiebung korrigierten Beträge festgehalten würden.

Walter Fehr bemerkt, die RPK und die Fachkommission hätten seiner Meinung nach die korrigierten Zahlen schon erhalten.

Stadtschreiber Christian Mühlethaler sagt, die Zusammenstellung könne dem Protokoll beigelegt werden (Beilage 3). Die finanziellen Änderungen würden anschliessend an die Produktgruppenbudgetdiskussion aufgezeigt.

Abstimmung

- Der Antrag der Fachkommission III, die 45 Pflegeplätze gemäss Altersleitbild ab Voranschlag 2010 in der Produktgruppe AL-1 (Wohnen im Alter) als Steuerungsgrösse aufzunehmen, wird einstimmig angenommen.
- Der Antrag der RPK, die Produktgruppe AL-1 um 219'000 Franken zu kürzen (neu total 702'000 Franken), wird einstimmig genehmigt.
- In der Folge wird der bereinigten Produktgruppe AL-1 einstimmig zugestimmt.



Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr. 7. Dezember 2009
Sitzung vom

Geschäftsfeld 3 – Bau, Planung und Umwelt (BA)

Die Fachkommission I stellt folgende Zusatzanträge zu BA-1 (Hochbau):

- Zusatzantrag 1:
Neues Wirkungsziel: Einhalten der Submissionsverordnung
- Zusatzantrag 2:
Unter BA-1 Steuerungsgrössen: „Kostendeckungsgrad der letzten 5 Jahre rollend Soll“ sei das Symbol \leq zu streichen
- Zusatzantrag 3:
Neue Steuerungsgrösse: BA-1.1; Kostendeckungsgrad für periodische Aufzugs- und Brandschutzkontrollen = 100%
- Zusatzantrag 4:
Neue Steuerungsgrösse: BA-1.2; Kostendeckungsgrad für private Quartierpläne = 100%
- Zusatzantrag 5:
Neue Steuerungsgrösse: BA-1.3; Kostendeckungsgrad für Katasternachführungen = 100%

Zu BA-2 (Planung und Umwelt) stellt die Fachkommission I den Zusatzantrag folgender neuen Steuerungsgrösse zu BA-2.1: Effektiver Mitteleinsatz für Orts- und Verkehrsplanung.

Die Vorsitzende weist darauf hin, dass die Abschiede zum Teil falsch bezeichnet sind (BA-2 = Planung und Umwelt, nicht Tiefbau).

Fritz Münger entschuldigt sich für den Fehler und erklärt, die Gründe der Fachkommission I für die Ablehnung des Budgets BA-1 seien dem Abschied zu entnehmen.

Fritz Münger stellt den Minderheitsantrag, das Budget anzunehmen.

Stadtrat Hanspeter Lienhart versteht den Vorwurf der ungenügenden Information nicht. Verschiedene Diskussionen seien geführt worden. Das Produkt BA-1.1 Hochbau sei eine reine Vollzugsaufgabe. Die Baubewilligungen seien nun rückläufig, weshalb ein Mindersaldo auf Seite 19 ausgewiesen werde. Im BA-2 (Planung und Umwelt) seien 82'000 Franken mehr budgetiert als im Vorjahr. Dies weil Bülach Süd konkreter werde und Bülach Nord in Planung sei. Er sei überrascht über die Ablehnung des Produktgruppenbudgets mit hoheitlichen Aufgaben. Er bittet den Rat dringend, das Budget nicht abzulehnen.



Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr. 7. Dezember 2009
Sitzung vom

Johanna Wirt Calvo versteht den Abschied auch nicht. Der Zusatzantrag auf Einhaltung der Submissionsverordnung sei unnötig, da dies eine gesetzliche Verpflichtung sei. Sie findet, dass sich die Gemeinderatsmitglieder aus den anderen Kommissionen darauf verlassen können müssen, dass die Kommission vorgängig seriös abkläre, was gesetzliche Verpflichtungen seien. Grundsätzlich ist sie der Meinung, sollte man die Anträge verstehen müssen.

Andrea Schmidhauser erklärt den ungewöhnlichen Antrag auf Ablehnung. Sie seien sich in der Kommission nicht einig gewesen. Im Grunde genommen gefalle ihnen BA-1.1 Hochbau nicht. Grosse und heftige Diskussionen seien geführt worden zusammen mit dem Stadtrat und Abteilungsleiter. Danach hätte sich die Kommission mehrheitlich auf Ablehnung geeinigt, um zu manifestieren, dass es so nicht gefalle. Der Tiefbau-Antrag auf Einhaltung der Submissionsverordnung sei einstimmig erfolgt. Der Erlös der Baubewilligung gehe zurück. Der Aufwand komischerweise aber nicht. Die rückläufigen Bewilligungen müssten auch beim Aufwand zu spüren sein. Es handle sich um eine pessimistische Budgetierung um bei der Rechnung dann sagen zu können, man habe gut gearbeitet.

Sie beantragt deshalb BA-1 um 143'000 Franken zu reduzieren. Statt 479'000 Franken sollen 336'000 Franken bewilligt werden. Die Berechnung der Kürzung ist der Beilage 4 zu entnehmen.

Stadtrat Hanspeter Lienhart verweist auf Seite 23 zur Erklärung des Budgets. BA-1.1 sei von 542'000 Franken (Voranschlag 2009) auf 479'000 Franken (Voranschlag 2010) rückläufig. Der Kostenrückgang erfolge aufgrund der geringeren Anzahl eingereicherter Baugesuche. Auch die Gebühren seien rückläufig. Die Kosten, welche aber eingespart werden, würden gebraucht für die Planung. Er fragt, wie in Zukunft weitergebaut werden soll und findet die Begründung der Kürzung basiere auf einer „Milchbüchlirechnung“, die nicht aufgehe.

Andrea Schmidhauser interveniert, das Produkt BA-2 beinhalte die Planungen. Dort gebe es keinen Antrag der Fachkommission I. Es gehe lediglich um den Hochbau beim Kürzungsantrag, denn durch rückläufige Bewilligungen gebe es auch weniger zu kontrollieren und zu prüfen.

Stadtrat Hanspeter Lienhart bemerkt zum Zusatzantrag 1 betr. BA-1, es sei selbstverständlich, dass die Submissionsverordnung eingehalten werden müsse. Er bittet aber inständig, nicht die gesamten Gesetzesbücher der Schweiz ins Budget aufzunehmen. Das gehöre nämlich dort nicht hinein.



Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr. 7. Dezember 2009
Sitzung vom

Abstimmungen

- Der Zusatzantrag 1 der Fachkommission I, bei der Produktegruppe BA-1 (Hochbau) als neues Wirkungsziel „Einhalten der Submissionsverordnung“ aufzunehmen, wird mit 14 Ja : 14 Nein-Stimmen mit dem Stichtagsentscheid der Präsidentin abgelehnt.
- Der Zusatzantrag 2 der Fachkommission I, bei der Produktegruppe BA-1 (Hochbau) das Symbol \leq bei der Steuerungsgrösse „Kostendeckungsgrad der letzten 5 Jahren rollend Soll“ zu streichen, wird einstimmig angenommen.
- Der Zusatzantrag 3 der Fachkommission I, die neue Steuerungsgrösse „Kostendeckungsgrad für periodische Aufzugs- und Brandschutzkontrollen: 100%“ beim Produkt BA-1.1 aufzunehmen, wird mit 20 Stimmen angenommen.
Stadtrat Hanspeter Lienhart weist darauf hin, dass es sich um kantonale Tarife handle. Die Bauabteilung verschicke lediglich die Rechnung.
- Der Zusatzantrag 4 der Fachkommission I, die neue Steuerungsgrösse „Kostendeckungsgrad für private Quartierpläne: 100%“ beim Produkt BA-1.2 aufzunehmen, wird mit 13 Ja : 11 Nein-Stimmen bei 4 Enthaltungen angenommen.
Stadtrat Hanspeter Lienhart weist darauf hin, dass für die Stadt keine Kosten für *private* Quartierpläne anfallen.
- Der Zusatzantrag 5 der Fachkommission I, die neue Steuerungsgrösse „Kostendeckungsgrad für Katasternachführungen: 100%“ beim Produkt BA-1.3 aufzunehmen, wird einstimmig angenommen.
Stadtrat Hanspeter Lienhart weist darauf hin, dass diese Steuerungsgrösse richtig sei und seit 2008 erreicht werde.
- Der Zusatzantrag von Andrea Schmidhauser, die Produktegruppe BA-1 um 143'000 Franken zu kürzen, wird mit 10 Ja : 16 Nein-Stimmen bei zwei Enthaltungen abgelehnt.
- In der Folge wird die Produktegruppe BA-1 mit 16 Ja : 12 Nein-Stimmen gutgeheissen.
- Der Zusatzantrag der Fachkommission I, die neue Steuerungsgrösse „Effektiver Mitteleinsatz für Orts- und Verkehrsplanung“ bei der Produktegruppe BA-2 (Planung und Umwelt) aufzunehmen, wird grossmehrheitlich angenommen.
- In der Folge wird das Produktegruppenbudget BA-2 grossmehrheitlich gutgeheissen.



Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr. 7. Dezember 2009
Sitzung vom

Geschäftsfeld 4 – Bevölkerungsdienste (BE)

Die Fachkommission I stellt folgende Zusatzanträge zu BE-1 (Bevölkerung): „Änderung der Steuerungsgrössen BE 1.1 Einwohnerdienste, BE 1.2 Zivilstandsamt und BE 1.3 Bestattungsamt. Die Zufriedenheitsgrade als Steuerungsgrösse streichen und als Kennzahl aufnehmen.“

Abstimmungen

- Dem Zusatzantrag der Fachkommission I betreffend die Änderung der Steuerungsgrössen bei der Produktegruppe BE-1 (Bevölkerung) wird mehrheitlich zugestimmt.
- In der Folge wird das Produktegruppenbudget BE-1 einstimmig gutgeheissen.
- Der Produktegruppe BE-2 (Friedensrichter) wird einstimmig zugestimmt.

Geschäftsfeld 5 – Bildung (BI)

Das Wort wird nicht verlangt.

Abstimmung

Die Produktegruppen BI-1 bis BI-5 werden grossmehrheitlich gutgeheissen.

Geschäftsfeld 6 – Familie und Jugend (FJ)

Das Wort wird nicht verlangt.

Abstimmung

Die Produktegruppen FJ-1 (Jugendarbeit) und FJ-2 (Beitrag ans Jugendsekretariat) werden grossmehrheitlich gutgeheissen.



Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr. 7. Dezember 2009
Sitzung vom

Geschäftsfeld 7 – Finanzen (FI)

Alfred Schmid zeigt auf (Beilage 5), dass bei den Steuererträgen von 2009 auf 2010 ein Einbruch vorgesehen sei. Wenn aber im 2010 das Budget erreicht werde, seien 10 Millionen Franken weniger Steuererträge budgetiert, als tatsächlich einfließen werden. Der Finanzausgleich zeige ein Delta von 2.7 Millionen Franken zwischen Budget 2009 und effektivem Abschluss. Der Steuerkraftausgleich dürfte im 2010 leicht einbrechen. Die Einwohnerprognose 2007-2009 zeige, dass 1000 Steuerzahler mehr in Bülach sind. Die Hälfte der Bülacher zahle aber praktisch keine Steuern. Der Finanzplan enthalte 30 Millionen Franken mehr Investitionen, als zu erwarten sind. Die Investitionen für 2011, 2012 und 2013 würden massiv herunterkommen. Im Rechnungsergebnis werde es für den Voranschlag 2010 eine Million Ertragsüberschuss geben. Im 2011-2013 würden gemäss seiner Rechnung jeweils 5 Millionen Franken Aufwandüberschuss folgen. Das Eigenkapital zeige ein besseres Bild, als vom Stadtrat dargestellt. Er wolle keinen Antrag auf Änderung stellen, möchte aber seine Sicht aufgezeigt haben.

Milos Alincic fragt, ob die Abweichungen und Mehrkosten für den Umzug und die Zusammenlegung der Betriebsämter zur Kostendeckung nicht überwältzt werden könnten.

Stadtrat Walter Baur erklärt, die Verträge seien ausgearbeitet worden. Die Zusammenlegung sei vorgeschrieben. Das Betriebsamt sei kein Verlustgeschäft. Zu Beginn seien für die Einrichtung ca. 120'000 Franken vorgeschossen worden. Das werde sich über die Jahre ausgleichen.

Alfred Schmid fügt hinzu, die RPK habe sich die gleiche Frage gestellt. Für das Jahr 2010 wolle man es so belassen. Wie die Kostendeckung im 2011 aussehe, müsse angeschaut werden.

Abstimmung

Die Produktgruppen FI-1 bis FI-3 werden einstimmig genehmigt.



Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr. 7. Dezember 2009
Sitzung vom

Geschäftsfeld 8 – Gesundheit (GE)

Andrea Spycher verliest folgenden Antrag der SVP: „Die Fraktion der SVP stellt den Antrag, den Betrag von 133'000 Franken für eine mögliche Projektstelle und Projekte der Kommission für Altersfragen aus dem Budget zu streichen. Begründung: Bei dieser Stelle handelt es sich erstens um ein neues Projekt und zweitens wird sie nur voraussichtlich geschaffen.“

Ich möchte klarstellen, dass wir nicht generell einfach dagegen sind. Wir sind aber der Meinung, dass dem Gemeinderat erst detailliert mitgeteilt werden muss, welche Aufgaben diese Stelle beinhaltet bzw. welcher Nutzen daraus gezogen werden kann. Erst nach diesen Informationen können wir darüber befinden und entsprechend darüber abstimmen.“

Jakob Briner sagt, es betreffe eine Stelle aus dem Alterskonzept.

Wenn die Stelle nur voraussichtlich sei, findet **Milos Alincic**, müssen die 133'000 Franken auch noch nicht ins Budget.

Jakob Briner entgegnet, die Freiheit des Rats werde dadurch nicht tangiert. Er könne über den Antrag, welcher noch vorgelegt werde, entscheiden. Zudem sei es nicht wünschenswert über einen Antrag zu befinden, welcher im Budget nicht enthalten sei.

Andrea Spycher findet, die Stelle töne noch nicht ausgearbeitet.

Jakob Briner erklärt das Wort „voraussichtlich“ sei eine vorsichtige Formulierung. Die Arbeiten seien aber am laufen.

Markus Wobmann fügt hinzu, wenn nicht „voraussichtlich“ stehe, werde der Vorwurf gemacht, dass man vor Tatsachen gestellt werde im Gemeinderat.

Stadtrat Mark Eberli ergänzt, es handle sich um eine Anlaufstelle für Altersfragen. Diese sei schon im Alterskonzept des Jahres 1998 gewesen, bis heute jedoch nicht umgesetzt worden.

Mike Bader macht dem Stadtrat beliebt, eine konstante Handhabung anzustreben. Der Guss sei nicht im Budget, man stimme aber heute Abend über die Erhöhung des Betriebsbeitrags ab. Die Projektstelle sei nun im Budget, diesbezüglich sei aber noch nichts entschieden.



Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr. 7. Dezember 2009
Sitzung vom

Abstimmungen

- Der Kürzungsantrag von 133'000 Franken wird mit 13 Ja: 14 Nein-Stimmen und einer Enthaltung abgelehnt.
- Die Produktegruppe GE-1 (Gesundheit) wird mehrheitlich genehmigt.

Geschäftsfeld 9 - Kultur

Zum Produkt 2.5 (KU-2 Kultur) wurde folgender Minderheitsantrag gestellt: „Die Beflaggung Bahnhof- und Kasernenstrasse sowie Kreisel Winterthurerstrasse ist aus dem Produkt KU-2 zu streichen. Neu soll sie im WA-1 Standortförderung platziert werden.“

Barbara Fischer erklärt den Antrag der Verschiebung in die Produktegruppe WA-1 damit, dass das Kulturbudget sonst zu unrecht belastet werde.

Milos Alincic fragt, was die Beflaggung bei der Standortförderung zu suchen habe.

Andrea Spycher beantragt namens der SVP-Fraktion den Betrag von 137'000 Franken für das Kultur- und Begegnungszentrum zu streichen.

Stadtpräsident Walter Bosshard erklärt, der Vertrag laufe bereits, den könne man nicht einfach streichen. Es handle sich nicht um den Betrag nach der Betriebsbeitragserhöhung.

Andrea Spycher zieht den Antrag daraufhin zurück.

Abstimmungen

- Die Produktegruppe KU-1 (Märkte, Plakatwesen und Veranstaltungen) wird einstimmig angenommen.
- Der Antrag der Fachkommission II, die Beflaggung Bahnhof- und Kasernenstrasse sowie Kreisel Winterthurerstrasse ist aus dem Produkt KU-2 (Kultur) zu streichen und neu in der Produktegruppe WA-1 (Standortförderung) zu platzieren, wird grossmehrheitlich angenommen.
- In der Folge wird das bereinigte Produktegruppenbudget KU-2 mehrheitlich gutgeheissen.



Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr. 7. Dezember 2009
Sitzung vom

Geschäftsfeld 10 – Land- und Forstwirtschaft (LF)

Das Wort wird nicht verlangt.

Abstimmung

Die Produktgruppen LF-1 (Forstbetrieb) und LF-2 (Friedhof) werden einstimmig gutgeheissen.

Geschäftsfeld 11 – Liegenschaften (LI)

Das Wort wird nicht verlangt.

Abstimmung

Die Produktgruppe LI-1 (Liegenschaften) wird einstimmig genehmigt.

Geschäftsfeld 12 – Sicherheit (SI)

Fritz Münger erklärt, bei den Zusatzanträgen betreffend die Kostendeckungsgrade von Leistungen für andere Gemeinden soll das Symbol auf = geändert werden. Im Abschied seien die falschen Symbole aufgeführt.

Zu SI-1 (Polizei) liegt folgender Zusatzantrag vor: "Änderung Steuerungsgrösse: SI-1.7; Kostendeckungsgrad bei Leistungen für andere Gemeinden Symbol = einsetzen."

Zu SI-3 (Zivilschutz) liegt folgender Zusatzantrag vor: "Neue Steuerungsgrösse SI-3.1; Kostendeckungsgrad bei Leistungen für andere Gemeinden Symbol = 100%"

Zu SI-4 (Schiessanlage) liegt folgender Zusatzantrag vor: "Änderung Steuerungsgrösse: SI-4; Kostendeckungsgrad für Militär und Vereine: 100%"



Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr. 7. Dezember 2009
Sitzung vom

Stefan Schnegg erkundigt sich, ob die Veränderung der Kostendeckungsgrade keinen Einfluss auf die Finanzen hätte.

Stadtrat Jürg Hintermeister antwortet, es werde immer versucht 100% zu erreichen. Das führe deshalb nicht zu Veränderungen.

Fritz Münger meint, nach einem Jahr sehe man, ob diese korrigiert werden müssen. Nebst den Wirkungszielen seien die Steuerungsgrössen ein wichtiges Instrument, welches gebraucht werden soll.

Milos Alincic ist der Meinung, dass Leistungen für Externe immer mindestens vollkostendeckend sein müssen. Die Overheadkosten seien dabei miteinzurechnen.

Stefan Schnegg glaubt, das Ändern der Werte könne einen Einfluss haben auf die Finanzen.

Stadtschreiber Christian Mühlethaler erklärt, dass mit den Umlagen Transparenz vorliege. Die Eichung über die ganze Stadt müsse nun noch erfolgen. Dies sei ein Thema der nächsten Sitzung der Koordinationsgruppe WoV im Frühling 2010. Dann werde der Blick auf das Budget 2011 gerichtet.

Mike Bader beantragt der Transparenz halber die Kostendeckungsgrade für Vereine und Militär zu trennen.

Milos Alincic fragt, ob die Aufteilung Sinn mache bzw. Aufwand und Ertrag in einem vernünftigen Verhältnis stünden.

Stadtrat Jürg Hintermeister hat nichts gegen die Trennung.

Andrea Spycher erinnert sich, dass bei der Beratung gesagt worden sei, die Trennung sei sehr aufwändig, weil die Pflichtschützen darin enthalten seien. Aus diesem Grund sollen die Pflichtschützen als Kennzahl aufgenommen werden im Budget.



Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr. 7. Dezember 2009
Sitzung vom

Abstimmungen

- Der Zusatzantrag der Fachkommission I, beim Produkt SI-1.7 (Polizei – Leistungen für andere Gemeinden) das Symbol = beim Kostendeckungsgrad von 100 % einzusetzen, wird einstimmig angenommen.
- In der Folge wird die Produktegruppe SI-1 (Polizei) grossmehrheitlich genehmigt.
- Die Produktegruppe SI-2 (Feuerwehr) wird einstimmig angenommen.
- Der Zusatzantrag der Fachkommission I, beim Produkt SI-3.1 (Zivilschutz) als neue Steuerungsgrösse „Kostendeckungsgrad bei Leistungen für andere Gemeinden = 100 %“ aufzunehmen, wird einstimmig genehmigt.
- In der Folge wird die Produktegruppe SI-3 (Zivilschutz) einstimmig genehmigt.
- Der Änderungsantrag von Mike Bader, die Kostendeckungsgrade der Steuerungsgrösse SI-4 für Militär und Vereine separat auszuweisen, wird mit 15 Stimmen angenommen.
- Der abgeänderte Zusatzantrag der Fachkommission I, beim Produkt SI-4.1 (Schiessanlage) die Steuerungsgrösse „Kostendeckungsgrad für Militär = 100%“ festzulegen, wird mehrheitlich angenommen.
- Der abgeänderte Zusatzantrag der Fachkommission I, beim Produkt SI-4.1 (Schiessanlage) die Steuerungsgrösse „Kostendeckungsgrad für Vereine = 100%“ festzulegen, wird mehrheitlich angenommen.
- In der Folge wird die Produktegruppe SI-4 (Schiessanlage) grossmehrheitlich genehmigt.

Stefan Schnegg beantragt eine Pause. Dem Antrag wird mit 13 Ja : 9 Nein-Stimmen und 6 Enthaltungen zugestimmt.

*** Pause 20.30 – 21.00 Uhr ***

Geschäftsfeld 13 – Soziales (SO)

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass die Abschiede zum Teil falsch bezeichnet sind (SG statt SO).



Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr. 7. Dezember 2009
Sitzung vom

Jakob Briner weist auf die Verschiebung der Umlage in der Produktegruppe SO-4 hin. Er stellt keinen Antrag, da es sich um eine Verschiebung innerhalb der Abteilung handle. Weiter erklärt er, die Ablehnung einer zusätzlichen Babygruppe an der Urne führe auf Seite 123 zu einer Kürzung von rund 80'000 Franken.

Die RPK beantragt, die Produktegruppe SO-4 (Soziale Dienste) infolge der neuen Berechnung der Umlagekosten um 219'000 Franken auf neu total 4'861'000 Franken zu erhöhen.

Abstimmungen

- Die Produktegruppen SO-1 bis SO-3 werden grossmehrheitlich genehmigt.
- Der Antrag der RPK, die Produktegruppe SO-4 auf 4'861'000 Franken zu erhöhen, wird einstimmig genehmigt.
- In der Folge wird die Produktegruppe SO-4 (Soziale Dienste) grossmehrheitlich genehmigt.
- Die Produktegruppen SO-5 (Sozialversicherungen) und SO-6 (Vormundschaft) werden mehrheitlich genehmigt.

Geschäftsfeld 14 – Sport (SP)

Zu SP-2 (Sportamt) S. 154 liegt folgender mehrheitlichen Zusatzantrag der Fachkommission II vor:
„Das Budget wird um 20'000 Franken reduziert. Die Fachkommission II ist der Meinung, dass die Anschaffung einer Software für die Turnhallenverwaltung nicht notwendig ist.“

Stadtrat Jürg Hintermeister erklärt, der Stadtrat sei einverstanden mit dem Antrag.

Mike Bader weist darauf hin, dass der Antrag in der Produktegruppe MD-2 (Produkt MD-2.4) abgestimmt werden müsse.

Stefan Schnegg zieht den Antrag zurück und bringt diesen in der Debatte des Produktegruppenbudgets MD ein.



Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr. 7. Dezember 2009
Sitzung vom

Abstimmungen

- Die Produktegruppe SP-0 (Sportsekretariat) wird einstimmig genehmigt.
- Die Produktegruppe SP-1 (Sportzentrum) wird einstimmig genehmigt.
- Die Produktegruppe SP-2 (Sportamt) wird grossmehrheitlich genehmigt.

Geschäftsfeld 15 – Verkehr (VE)

Das Wort wird nicht verlangt.

Abstimmungen

Die Produktegruppe VE-1 (Öffentlicher Verkehr) wird einstimmig angenommen.

Geschäftsfeld 16 – Werke - Wasser, Abwasser (WE)

Die Fachkommission I beantragt folgende Änderung der Steuerungsgrösse WE-1.1.: „Angemessener Mitteleinsatz: 1.5% vom Erstellungswert *innerhalb von 10 Jahren*“.

Stadträtin Hanni Guyer erwähnt, die 1.5% entsprächen einer Lebensdauer von 75 Jahren.

Andrea Schmidhauser erklärt, es sei gemeint, dass die 1.5% im Durchschnitt über 10 Jahre gemeint seien. Es könne sein, dass im einen Jahr 2% und im anderen wieder nur 1% eingesetzt würde.

Der Zusatzantrag zu WE-1 (Baulicher Unterhalt) der Fachkommission I wird daraufhin wie folgt abgeändert: „Angemessener Mitteleinsatz: 1.5% jährlich vom Erstellungswert rollend über 10 Jahre“.



Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr. 7. Dezember 2009
Sitzung vom

Die Fachkommission I beantragt zu WE-3 (Wasserversorgung) weitere zwei Zusatzanträge:

- 1. Zusatzantrag:
Änderung Steuerungsgrösse: Minimaler Wasserverlust ersetzen mit Maximaler Wasserverlust/
Änderung Klammervermerk (2-4 l/min/km entspricht der Vorgabe des SVGW).
- 2. Zusatzantrag:
Änderung Steuerungsgrösse: Angemessener Mitteleinsatz: Symbol \leq bei Budgetplanung streichen (unnötig).

Zu WE-4 (Abwasserentsorgung) liegt folgender Zusatzantrag der Fachkommission I vor: „WE-4 Angemessener Mitteleinsatz: Symbol \leq bei Richtwert streichen (nur Richtwert).“

Abstimmungen

- Die Produktegruppe WE-0 wird einstimmig angenommen.
- Der Zusatzantrag der Fachkommission I, die Steuerungsgrösse zum Produkt WE-1.1 (Werke - Baulicher Unterhalt) in „Angemessener Mitteleinsatz: 1.5% jährlich vom Erstellungswert rollend über 10 Jahre“ zu ändern, wird grossmehrheitlich angenommen.
- In der Folge wird die Produktegruppe WE-1 (Baulicher Unterhalt) einstimmig genehmigt.
- Die Produktegruppe WE-2 (Betrieblicher Unterhalt) wird einstimmig angenommen.
- Der erste Teil des Zusatzantrags zu WE-3 „Minimaler Wasserverlust ersetzen mit maximaler Wasserverlust“ wird grossmehrheitlich angenommen.
- Der zweite Teil des Zusatzantrags zu WE-3 „Änderung Klammervermerk (2-4 l/min/km)“ wird einstimmig angenommen.
- In der Folge wird der gesamte Zusatzantrag der Fachkommission I, die Steuerungsgrösse zur Produktegruppe WE-3 (Wasserversorgung spezialfinanziert) in „Minimaler Wasserverlust ersetzen mit Maximaler Wasserverlust - Änderung Klammervermerk (2-4 l/min/km entspricht der Vorgabe des SVGW)“ zu ändern, wird einstimmig angenommen.
- Der Zusatzantrag der Fachkommission I, bei der Produktegruppe WE-3 (Wasserversorgung spezialfinanziert) bei angemessenem Mitteleinsatz das Symbol \leq bei der Budgetplanung zu streichen, wird grossmehrheitlich angenommen.
- In der Folge wird die Produktegruppe WE-3 (Wasserversorgung spezialfinanziert) einstimmig genehmigt.
- Der Zusatzantrag der Fachkommission I, bei der Produktegruppe WE-4 (Abwasserentsorgung spezialfinanziert) bei angemessenem Mitteleinsatz das Symbol \leq beim Richtwert zu streichen, wird einstimmig angenommen.
- In der Folge wird die Produktegruppe WE-4 (Abwasserentsorgung spezialfinanziert) einstimmig genehmigt.



Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr. 7. Dezember 2009
Sitzung vom

Geschäftsfeld 17 – Wirtschaft und Arbeit (WA)

Zu WA-1 (Standortförderung) liegt ein Kürzungsantrag der Fachkommission IV um 15'000 Franken vor, da der Bürgerfonds per Ende Jahr einen Bestand von 15'000 Franken ausweist. Dieser Betrag müsse vom Globalbudget abgezogen werden.

Abstimmungen

- Der Antrag der Fachkommission IV, die Produktegruppe WA-1 um 15'000 Franken zu kürzen, wird einstimmig genehmigt.
- In der Folge wird das bereinigte Produktegruppenbudget WA-1 (Standortförderung) einstimmig genehmigt.
- Die Produktegruppe WA-2 (Gewinnausschüttung ZKB) wird einstimmig genehmigt.

Geschäftsfeld 18 – Management Dienste (MD)

Stefan Schnegg beantragt das Budget um 20'000 Franken zu reduzieren, da die Fachkommission II der Meinung ist, dass die Anschaffung einer Software für die Turnhallenverwaltung nicht notwendig ist.

Milos Alincic beantragt eine zusätzliche Kürzung um 137'000 Franken im Produkt MD-2.4. Er begründet diesen damit, dass jedes Jahr 10-20% mehr ausgegeben werden, und keiner wisse für was.

Stadtschreiber Christian Mühlethaler erklärt, die Kosten seien ausgewiesen. Die Kosten seien zu begründen mit der Zentralisierung der IT, mit neuen VRSG-Programmen, Verbindungskosten und Sicherheitskosten. Vieles sei gebunden.

Johanna Wirth Calvo fügt hinzu, nächstes Jahr würde dem Gemeinderat ein Kreditantrag betr. IT-Investitionen vorgelegt. Die ganzen IT-Posten seien zudem nur zu einem kleinen Teil nicht gebunden. Sie empfiehlt deshalb, dem Budget zuzustimmen und nächstes Jahr die e-Government-Strukturen genau zu analysieren.



Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr. 7. Dezember 2009
Sitzung vom

Abstimmungen

- Die Produktegruppe MD-1 (Politik) wird einstimmig genehmigt.
- Der Kürzungsantrag betr. die Streichung der Turnhallensoftware im Betrag von 20'000 Franken wird mehrheitlich angenommen.
- Dem Kürzungsantrag zum Produkt MD-2.4 von 137'000 Franken wird mit 14 Ja:13 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung zugestimmt.
- Das bereinigte Produktegruppenbudget MD-2 (Stab) wird mehrheitlich genehmigt.

Gesamtabstimmung über den bereinigten Produktegruppenvoranschlag 2010

Gemäss **André Rollin** wurden im Produktegruppenbudget total rund 350'000 Franken gestrichen.

Abstimmung

Der Produktegruppenvoranschlag 2010 wird in der Gesamtabstimmung mit 26 Ja : 1 Nein-Stimmen und einer Enthaltung angenommen.

Investitionsrechnung

Kapitel 0 – Behörden und Verwaltung

Milos Alincic fragt zum Verständnis, ob die ganze Informatik-Investitionen nochmals in den Gemeinderat kommen.

Stadtschreiber Christian Mühlethaler bestätigt, dass alle nicht gebundenen Ausgaben dem Gemeinderat vorgelegt werden.

In der Abstimmung wird das Kapitel 0 einstimmig genehmigt.



Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr. 7. Dezember 2009
Sitzung vom

Kapitel 1 – Rechtsschutz und Sicherheit

Keine Wortmeldung – einstimmig genehmigt.

Kapitel 2 – Bildung

Keine Wortmeldung – einstimmig genehmigt.

Kapitel 3 – Kultur und Freizeit

Keine Wortmeldung – grossmehrheitlich genehmigt.

Kapitel 4 – Gesundheit

Keine Wortmeldung – einstimmig genehmigt.

Kapitel 5 – Soziale Wohlfahrt

Keine Wortmeldung – einstimmig genehmigt.

Kapitel 6 – Verkehr

Roger Emch beantragt namens der SVP, den Posten 620.5010.182 über 104'000 Franken zu streichen.



Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr. 7. Dezember 2009
Sitzung vom

Stadtrat Hanspeter Lienhart erklärt, der erste Teil des Rekurses gegen die Tempo 30-Zone sei abgewiesen worden. Der Rekurs sei nun beim Regierungsrat hängig. Er gehe aber davon aus, dass dieser Rekurs abgewiesen werde. Bülach Süd habe sich zum Vorteil der Einkaufszentren und des Verkehrs entwickelt, nicht aber zum Vorteil der Bewohner. Der Stadtrat gedenke nach wie vor die Tempo 30-Zone einzuführen. Er hofft auf die Umsetzung im Jahr 2010. Gespräche mit der Kantonspolizei hätten stattgefunden und auch die Kantonspolizei stimmt der Tempo 30-Zone zu. Er bittet den Rat, die Tempo 30-Zone nicht übers Budget verhindern zu wollen und weist auf die höhere Wohnqualität hin, welche der Bevölkerung diene.

Alfred Schmid fragt, wie es mit dem Projekt „Kirchenhügel“ weiter gehe.

Stadtrat Hanspeter Lienhart erklärt, das ganze Projekt müsse vor die Archäologie und den Ortsbildschutz. Er wisse nicht, ob das Projekt im 2010 realisiert werden könne. Ein Antrag zuhanden des Parlaments folge zum gegebenen Zeitpunkt.

Abstimmungen

Der Antrag um Streichung von 104'000 Franken für die Tempo 30-Zone (Konto 620.5010.182) wird mit 13 Ja : 15 Nein-Stimmen abgelehnt.

In der Folge wird Kapitel 6 mehrheitlich genehmigt.

Kapitel 7 – Umwelt und Raumordnung

Keine Wortmeldung – einstimmig genehmigt.

Kapitel 8 - Volkswirtschaft

Keine Wortmeldung – einstimmig genehmigt.



Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr. 7. Dezember 2009
Sitzung vom

Kapitel 9 – Finanzen

Keine Wortmeldung – einstimmig genehmigt.

Gesamtabstimmung über die Investitionsrechnung 2010

Gemäss **André Rollin** gibt es keine Veränderung im Investitionsbudget.

Der Investitionsrechnung 2010 wird in der Gesamtabstimmung einstimmig zugestimmt.

Steuerfuss

Die RPK beantragt den Steuerfuss auf 96% festzusetzen.

Mike Bader erklärt, gemäss Finanzplan würden die finanzpolitischen Ziele nicht erreicht. Der Stadtrat tue gut daran, den Steuerfuss nicht zu verändern. Die RPK wisse nicht, ob eine Steuerfussenkung zu verkraften sei, denn sie habe bei der Verwaltung keine diesbezügliche Analyse machen lassen. Die Grünen stimmen der Senkung des Steuerfusses um 2% nicht zu.

Alfred Schmid bezieht sich auf die Informationen des Stadtrats aus dem Workshop, an welchem der Finanzplan besprochen wurde. Das Resultat 2009 werde einen Überschuss von 10 Millionen Franken ergeben. Ebenfalls habe man Aussagen in den Zeitungen gefunden, welche besagen, dass der Voranschlag 2010 wahrscheinlich nicht so negativ ausfallen wird, wie beantragt. Es sei bekannt, dass der Finanzplan noch um einige Millionen gestrafft werde. Die 2% seien deshalb nicht aus der Luft gegriffen.

Walter Fehr kommt auf die Präsentation von Alfred Schmid zurück, in welcher seiner Prognose nach zukünftig drei mal 5 Millionen Franken in der Kasse fehlen werden. Es würde deshalb nicht schaden, wenn die Schulden weiter abgebaut werden könnten. Eine Steuersenkung von 2% mache deshalb wenig Sinn zum heutigen Zeitpunkt. Der vom Stadtrat vorgeschlagene Steuerfuss soll beibehalten werden.



Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr. 7. Dezember 2009
Sitzung vom

Abstimmung

Dem Antrag des Stadtrats, den Steuerfuss auf 98% beizubehalten, wird mit 14 Ja : 14 Nein-Stimmen und dem Stichentscheid der Präsidentin zugestimmt. Der Steuerfuss wird auf 98% festgesetzt.

Schlussabstimmung

In der Schlussabstimmung wird der Voranschlag 2010 inkl. Steuerfuss von 98% mit 15 Ja: 13 Nein-Stimmen genehmigt.

Der Gemeinderat **beschliesst**:

1. Der Voranschlag 2010 des Politischen Gemeindegutes wird mit den vorhin beschlossenen Änderungen genehmigt.
 - 1.1 Der Produktegruppen-Voranschlag 2010 der Stadt Bülach mit einem Aufwandüberschuss von 3'304'516 Franken bei einem Ertrag von 102'656'631 Franken und einem Aufwand von 105'961'147 Franken wird genehmigt.
 - 1.2 Die Investitionen des Verwaltungsvermögens der Stadt Bülach mit Ausgaben von 18'524'000 Franken und Einnahmen von 1'162'000 Franken und Nettoinvestitionen von 17'362'000 Franken sowie die Nettodesinvestitionen im Finanzvermögen von 1'235'000 Franken werden genehmigt.
2. Der Steuerfuss für das Jahr 2010 wird auf 98% (Vorjahr 98%) des einfachen Staatssteuerertrages festgesetzt.
3. Der Stadtrat wird ermächtigt, die zur Deckung des Geldbedarfs erforderlichen Mittel aufzunehmen.
4. Der Finanzplan 2009 – 2013 wird zur Kenntnis genommen.



Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr. 7. Dezember 2009
Sitzung vom

5. Mitteilung an:
- Stadtrat
 - Abteilung Finanzen (2 Originale für den Bezirksrat)

Traktandum 3

Kultur- und Begegnungszentrum Guss 81-80; Erhöhung des jährlichen Betriebsbeitrags

Zu diesem Geschäft liegen die Abschiede der Fachkommission II und der RPK vor.

Die Fachkommission II empfiehlt mehrheitlich die Annahme des stadträtlichen Antrags mit folgendem Zusatzantrag: „Die bestehende Darlehensschuld des Vereins Guss 81-80 gegenüber der Stadt Bülach in der Höhe von 100'000 Franken muss der Stadt zurückbezahlt werden.“

Die RPK empfiehlt, der Antrag des Stadtrats sei abzulehnen.

Barbara Fischer erklärt namens der Fachkommission II: „Einer der wichtigsten Sätze der neuen Leistungsvereinbarung ist

«Die Stadt Bülach bekundet den politischen Willen, den Betrieb eines Kultur- und Begegnungszentrums zu sichern. Zu diesem Zweck gehen die Stadt Bülach und der Verein Guss 81-80 eine Partnerschaft ein.»

Die Geschichte des Kulturzentrums dürfte den meisten Anwesenden bekannt sein. Seit der Eröffnung im Jahre 2002 ist das Kulturzentrum vom Verein Guss 81-80 geführt worden und hat sich in Bülach und der weiteren Umgebung einen guten Namen geschaffen. Die Stadt Bülach hat ihren Beitrag bisher durch die Übernahme der Mietkosten und mit einem Betriebsbeitrag von 30'000 Franken pro Jahr geleistet. Trotz hohem Eigenfinanzierungsgrad ist das Zentrum seit dem ersten Tag unter einer angespannten finanziellen Situation gestanden. Am 12. März 2007 hat der Gemeinderat eine Erhöhung des städtischen Betriebsbeitrags von 30'000 Franken auf 150'000 Franken ganz knapp abgelehnt, dies unter anderem mit der Begründung, dass zuerst ein Kulturkonzept vorliegen müsse.



Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr. 7. Dezember 2009
Sitzung vom

Was ist in der Zwischenzeit passiert?

- Durch spontane Hilfeleistung von privater Seite, dem grossen Einsatz eines fast total erneuerten Vorstands und einer Reduktion der eigenen Aktivitäten konnte das Zentrum weiter existieren und einigermaßen überleben.
- Das Zentrum hat in den letzten zwei Jahren nur noch wenige eigene Veranstaltungen durchgeführt. Ein Riesenerfolg war unter anderen die EM 2008.
- Die Gastronomie ist ausgelagert worden. Seit 2007 betreibt axisBildung/Neuhof den Restaurationsbetrieb.
- Seit 2008 steht dem Zentrum mit Markus Kick ein Zentrumsleiter mit betriebswirtschaftlichem Hintergrund vor.
- Das vor zwei Jahren verlangte Kulturkonzept ist in der Zwischenzeit vom Stadtrat verabschiedet worden.

Die wesentlichen Punkte der Leistungsvereinbarung:

- Grundlegend ist, dass man von der ursprünglich praktizierten 3-Bein-Strategie abgekommen ist, weil sie zu wenig überschaubar war in Wirkung und Angebot.
- Guss ist nur noch ein Kultur- und Begegnungszentrum.

Die wesentlichen Zielsetzungen und Leistungen der Leistungsvereinbarung:

Zielsetzungen Bereich Kultur

- Sicherstellung eines breiten Programmangebots (in allen Sparten der Kultur, für alle Bevölkerungsschichten, mind. 40 Anlässe pro Jahr)
- Förderung, Koordination und Betreuung der (externen) kulturellen Veranstalter und Kulturschaffenden
- Ergänzung durch Eigenveranstaltungen
- Moderate Preisgestaltung (erschwingliches Angebot für alle Bevölkerungskreise)

Bereich Begegnung

- verschiedenartige Angebote zur ungezwungenen Begegnung (Zentrumstreff, Kinderspielplatz, etc., mind. 12 Angebote pro Jahr)
- Förderung und Betreuung von Angeboten Dritter
- Restaurationsbetrieb: Leistungsvereinbarung mit Gastronomiebetreiber (zurzeit axisBildung/Neuhof, Öffnungszeit des kommerziellen Restaurants mind. 17 Stunden pro Woche, Öff-



Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr. 7. Dezember 2009
Sitzung vom

nungszeit des konsumzwangfreien Zentrumstreffs mind. 8 Stunden pro Woche während 45 Wochen im Jahr)

Bereich Raumvermietung

- Vermietung der Lokalitäten (mit abgestuften Tarifen) für Anlässe aller Art (private Feiern, Seminare, Kurse, etc.)
- Bereitstellung der verschiedenen Gebäude sowie der Umgebung
- Unterhalt der Lokalitäten und technischen Anlagen

Eigenfinanzierungsgrad

- mindestens 50% der Gesamtausgaben (bis jetzt war er immer höher)

Diese Leistungen kosten die Stadt Bülach (Betriebsbeitragsberechnung):

	bisher	Ab 2010
Miete	74'000 Franken	74'000 Franken
Unterhalt	14'000 Franken	14'000 Franken
Betriebsbeitrag	ca. 30'000 Franken	84'000 Franken
Beitrag abgestufte Tarife	0 Franken	12'000 Franken
Beitrag ausgewogenes Kulturangebot	0 Franken	10'000 Franken
Beitrag Zentrumstreff	0 Franken	10'000 Franken
Total Leistungen	118'000 Franken	204'000 Franken
Davon Cash	mind. 30'000 Franken	116'000 Franken
Davon Liegenschaft	88'000 Franken	88'000 Franken

Aufsicht Controlling

Die Stadt übt die Aufsicht über die Erfüllung der Leistungsvereinbarung aus. Jährlich findet ein Gespräch zur Auswertung des Controllings und zur Standortbestimmung statt. Der Leistungserbringer, also Guss, hat jeweils bis Ende Februar des Folgejahres die Leistungsmessung anhand der Ziele, Messgrößen und Indikatoren, Kennzahlen gemäss Raster im Wov-Bericht, und einen Rechenschaftsbericht zuhanden des Geschäftsberichts und des WoV-Berichts abzuliefern. Der Leistungserbringer hat jeweils auf Verlangen Einsicht zu gewähren in sämtliche Unterlagen.



Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr. 7. Dezember 2009
Sitzung vom

Antrag des Stadtrats

Die Fachkommission II hat das Geschäft eingehend geprüft. Sie dankt in diesem Zusammenhang der Stadt und dem Verein Guss 81-80, welche sich bei der Behandlung des Geschäfts für Fragen zur Verfügung gestellt haben.

Kritikpunkte und von der Mehrheit der Kommission vertretene Gegenargumente:

Es sind von verschiedenen Seiten Einwände vorgebracht worden. Die Fachkommission II hat diese geprüft.

- Guss steht in Konkurrenz mit anderen Vereinen
Gegenargument: Guss ist Drehscheibe für alle Vereine, die Räumlichkeiten und die Infrastruktur von Guss steht allen Vereinen und Organisationen zur Verfügung und ist deshalb keine Konkurrenz.
- Mit der Leistungsvereinbarung und den damit verbundenen Subventionen der Stadt subventioniert die Stadt den Gastro-Betrieb
Gegenargument: axisBildung/Neuhof zahlt einen angemessenen Pachtzins, Guss profitiert zudem von axisBildung/Neuhof, weil er kein Defizitrisiko mehr zu tragen hat.
- Warum ein Verein als Betreiberin des Kultur- und Begegnungszentrums?
Antwort: Das Büro Federas AG hat eine Analyse gemacht. Daraus geht hervor, dass die Umwandlung des Betriebs in eine andere Rechtsform (z.B. Stiftung, AG, o.ä.) gravierende Nachteile hätte.
Vorteile der Vereinsform sind, dass der Verein allen offen steht und Interessierten ermöglicht, Guss 81-80 aktiv mitzugestalten. Der Verein hat die Funktion eines ausgelagerten städtischen Betriebs mit dem Vorteil, dass er von ehrenamtlichen und freiwillig erbrachten Leistungen des Vorstands und der Mitglieder profitiert.
- Könnte nicht die Stadt selber die Räume verwalten?
Antwort: Ja, das wäre möglich. Aber dann würde Guss 81-80 nur noch administriert, es wäre kein Kultur- und Begegnungszentrum mehr. Auch müsste die Verwaltung vieles von der freiwilligen Arbeit übernehmen, die dann nicht mehr zum Nulltarif zu haben wäre.

Antrag der Fachkommission II:

Die Fachkommission II empfiehlt mehrheitlich die Annahme des stadträtlichen Antrags mit folgendem Zusatzantrag:



Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr. 7. Dezember 2009
Sitzung vom

Die bestehende Darlehensschuld des Vereins Guss 81-80 gegenüber der Stadt Bülach in der Höhe von 100'000 Franken muss der Stadt zurück bezahlt werden.“

Daniela Gehring ergänzt, dass mit dem Zusatzantrag ein Statement zugunsten der anderen Vereine gegeben werden soll.

Seitens der RPK gibt keine Ergänzungen.

Alfred Schmid bemerkt zum Abschied der RPK, dieser enthalte unüblicherweise keine Begründung der Ablehnung. Der Teil der Mitglieder, die den Antrag ablehnen, würden den Betrag als nicht mehr angemessen erachten. Dies sei die Begründung.

Stadtpräsident Walter Bosshard erklärt, Antrag und Weisung an den Gemeinderat sei der Abschluss eines zweieinhalbjährigen Prozesses. Im März 2007 sei die Erhöhung des Betriebsbeitrags abgelehnt worden. Das von der Politik und Bevölkerung geforderte Kulturkonzept biete nun die politische Legitimation für das Kultur- und Begegnungszentrum. Mit der neuen Leistungsvereinbarung werde nun ein Fundament nach Überzeugung des Stadtrats geschaffen. Eine wichtige Erkenntnis sei, dass sich Guss mit der Betriebsbeitrag auf das Kerngeschäft fokussieren könne, nämlich Kultur ermöglichen sowie Begegnung organisieren und anbieten. Das Grundprinzip laute: keine Leistung ohne entsprechende Gegenleistung. Messbare Leistungsgrößen und Indikatoren zur Leistungserfüllung würden zusätzliche Transparenz bieten. Die Organisationsstruktur nach aussen bleibe aber ein Verein, da eine Überprüfung keine bessere Form als den Verein ergeben habe. Der Stadtrat beantrage, das Darlehen zu erlassen. Damit soll eine Basis geschaffen werden, auf welcher der Guss ohne Sorgen neu starten könne. Er betont die Wichtigkeit der Zustimmung im Gemeinderat. Nur so bestehe die Chance, dass das Volk via fakultatives Referendum über das Geschäft entscheiden könne. Es sei wichtig zu wissen, was das Volk zur Vorlage meint. Schon beim Start habe der Stadtrat das obligatorische Referendum anwenden wollen. Dies sei aber rechtlich nicht möglich gewesen.

Eintretensdebatte

Alle sind für Eintreten.



Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr. 7. Dezember 2009
Sitzung vom

Fraktionserklärungen

Andrea Schmidhauser verliest namens der FDP-Fraktion folgende Erklärung: „Guss braucht die Stadt, die Stadt braucht aber Guss nicht!

Der Verein Guss 81-80 ist ein kultureller Verein der Bülach belebt, so wie viele andere kulturelle Vereine auch. All diese Vereine leisten Wichtiges für Bülach, erhalten aber nicht annähernd die gleiche Unterstützung. Wir sind der Meinung, hier müsste mehr Gleichbehandlung erfolgen. Da ist z.B. der Jazz-Club, welcher ein überregionales, ja sogar internationales Ansehen genießt, oder auch der Sigristenkeller, der namhaft die kulturellen Veranstaltungen bereichert. All diese Vereine funktionieren dank Ehrenamtlichkeit. Bei diesen Vereinen unterstützt die Stadt nur situativ oder Projekt-/Veranstaltungsbezogen.

Weshalb also soll die Stadt nun die kulturelle Vielfalt gezielt durch Aufträge an den Verein Guss 81-80 mit Nischenveranstaltungen erweitern?

Die Mehrheit der FDP-Fraktion ist der Meinung, dass es nicht die Aufgabe der Stadt ist, 40 Veranstaltungen und 12 kulturelle Begegnungen zu organisieren. Und wenn es keine städtische Aufgabe ist, dann müssen wir auch keinen Leistungsauftrag an Dritte delegieren. Des Weiteren müssen wir globaler denken und dürfen nicht das Gefühl haben, dass wir alles in Bülach selber anbieten müssen. Wir müssen uns der Nähe der Städte Zürich, Winterthur und Schaffhausen bewusst sein. Auch dort können wir viel Nischenkultur konsumieren. Die Mehrheit der FDP-Fraktion ist ebenso der Meinung, dass Bülach kein subventioniertes Kulturcafé braucht.

Die Raumvermietung und Raumbewirtschaftung für die kulturellen Veranstaltungen im Guss könnten im Falle des Kollapses unserer Meinung nach auch durch die städtische Abteilung Messe und Märkte erfolgen, die bereits erfolgreich die restlichen Räumlichkeiten wie die Stadthalle oder den Rathauskeller vermieten und betreiben.

In der Stadt Adliswil wird das Kulturzentrum gemäss Unterlagen ehrenamtlich geführt und die Stadt zahlt - wie bisher in Bülach auch - die Miet- und Heizkosten. Wir sind klar der Meinung, dass auch in Bülach die Mitglieder des Vereins Guss 81-80 diese Frondienstarbeit leisten müssen. Es ist doch sonst unfair all den anderen Vereinen gegenüber, die ihre Freizeit investieren und so Bülach bereichern. Übrigens betreibt auch der Verein Kammerspiele Seeb mit sehr viel Freiwilligenarbeit das Theaterhaus in Bachenbülach.



Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr. 7. Dezember 2009
Sitzung vom

Für die Mehrheit der FDP-Fraktion ist das Kultur- und Begegnungszentrum Guss 81-80 klar eine ‚Nice to have‘ Institution, weshalb wir aus besagten Gründen die Erhöhung des Betriebsbeitrages nicht unterstützen wollen. Einig sind wir uns in der Frage bezüglich der Darlehensrückzahlung und unterstützen den Zusatzantrag der Fachkommission einstimmig.

Des Weiteren stellen sich uns Fragen, welche in der Weisung nicht beantwortet wurden:

- Was ist wenn der Mietvertrag im Guss ausläuft?
- Fordert der Verein Guss 81-80 dann die gleichen Konditionen an einem andern Ort?

Da das Thema ‚Kultur‘ resp. ‚Guss 81-80‘ zu einem vieldiskutierten Politikum wurde, wollen wir, wie auch unser Stadtpräsident Walter Bosshard, dass die an den Gemeinderat gestellte Frage vom Volk beantwortet wird. Wir stellen deshalb den Zusatzantrag, dass bei positivem Gemeinderatsentscheid die Vorlage dem Volk unterbreitet wird. Wir berufen uns dabei auf Art. 10 lit. a der Gemeindeordnung der Stadt Bülach, welcher besagt, dass ein Beschluss des Gemeinderats der Urnenabstimmung unterstellt wird, wenn dies von der Mehrheit der bei der Beschlussfassung anwesenden Mitgliedern des Gemeinderats verlangt wird.“

Stadtpräsident Walter Bosshard kann die Frage, wie es im 2014 weitergeht, nicht beantworten. Sobald ein positiver Entscheid des Gemeinderats oder allenfalls der Urnenabstimmung vorliege, werde über die Zukunft entschieden.

Edith Planta erklärt: „Im Gegensatz zur FDP sieht es die EVP so wie der Stadtrat ‚Die Stadt braucht Guss und Guss braucht die Stadt‘.

Seit der letzten Vorlage vor zwei Jahren haben sich die Rahmenbedingungen und das politische Umfeld in Bülach für die Behandlung des heutigen Geschäftes wesentlich geändert. Der Stadtrat hatte als Folge von politischen Vorstössen aus dem Parlament vor allem von den bürgerlichen Parteien ein Kulturkonzept ausarbeiten lassen. Exemplarisch war auch der Einbezug der Bevölkerung in diesen Prozess. Als eine der vier Kernmassnahmen aus dem Kulturkonzept, welches sich unter Einbezug der politischen Parteien auch auf eine breite Unterstützung aus der Bevölkerung abstützt, geht die Sicherung und Erhaltung des Begegnungs- und Kulturzentrums Guss 81-80 hervor.

Wenn wir heute ja zum Betriebsbeitrag von jährlich 116'000 Franken sagen, so können wir dies gestützt auf eine ausgereifte Leistungsvereinbarung zwischen der Stadt und dem Verein tun. Darin sind die Leistungen und Verpflichtungen des Vereins klar definiert, wie auch das Controlling. Um es nochmals zu sagen: Der Verein handelt im Gegensatz zu anderen Vereinen im Auftrag der



Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr. 7. Dezember 2009
Sitzung vom

Stadt. Die Stadt möchte für die Bevölkerung den Betrieb eines Kultur- und Begegnungszentrums sichern. Der Verein übernimmt für die Stadt die Aufgabe, den Betrieb dieses Zentrums für alle Bevölkerungsschichten, Vereine, nicht kommerziellen Organisationen und Gruppierungen wie auch für Einzelpersonen sicherzustellen.

Der Verein Guss 81-80 ist bereit, diese Aufgabe zu übernehmen. Er hat sich seit der Ablehnung vor zwei Jahren mit rigorosen Sparmassnahmen und sehr eingeschränktem Programm, dank einem intensiv und ehrenamtlich arbeitenden Vorstand und engagierten Mitarbeitern am Leben erhalten können. Nehmen wir die Chance wahr, dass der Verein bereit ist, die Leistungsvereinbarung und damit die Verpflichtung gegenüber der Stadt anzunehmen und so der Bülacher Bevölkerung und auch der Umgebung ein kulturell vielschichtiges Programm anzubieten. Nutzen wir die Ressourcen des Vereins und dessen grosses Beziehungsnetz zu Künstlern, Veranstaltern, anderen Vereinen wie z.B. Kulturzunder. Dass in der Bevölkerung ein grosses Bedürfnis nach dem Zentrum und dessen Veranstaltungen besteht, zeigt die hohe Besucherzahl von ca. 43'000 (so im Jahr 2008). Dies ist für uns die Legitimation, um den jährlichen Beitrag der Stadt von 116'000 Franken zu unterstützen.

Zum Darlehen der Stadt sowie dem Zusatzantrag der Fachkommission II:

Der Verein hat keine Reserven und ist mit dem knapp berechneten neuen Betriebsbeitrag nicht in der Lage, das Darlehen zurückzuzahlen. Schon gar nicht innert fünf Jahren bis spätestens Ende 2014, innert welcher das Darlehen gemäss Stadtratsentscheid vom 2. Mai 2007 zurückzuzahlen wäre. Dies würde bedeuten, dass der Verein jährlich mindestens 20'000 Franken der Stadt zurückzuerstatten hätte. Zu den rund 25'000 Franken für Gebühren (Wasser, Abwasser, Entsorgung) und Nebenkosten, welche der Verein jährlich an die Stadt bezahlt, wären dies rund 45'000 Franken. Wir werden dazu später einen Antrag stellen.

Wir lehnen deshalb den Zusatzantrag der Fachkommission II ab und unterstützen mehrheitlich den stadträtlichen Antrag."

Johanna Wirth Calvo sagt namens der Grünen Fraktion, Bildung und Kultur seien Inhalte der Stadtentwicklung. Die Umsetzung des Kulturkonzepts sei ein wichtiger Punkt für die regionale Ausstrahlung. Die Kulturpolitik der letzten Jahre zeige, dass gewisse Willkür dahinter stecke. Kultur werde dem Sport gleichgestellt. Der Verein Guss 81-80 biete Plattformen. Andere finden oft, dass Kultur gratis sein soll oder etwas Suspektes sei. Der Stellenwert der Kultur beinhalte auch Wohn- und Lebensqualität. Guss 81-80 sei eine Investition in Arbeitsplätze, Umsatz und Lehr- lingsplätze. Zur Umsetzung des Kulturleitbilds brauche Bülach den Guss. Die Angebote des Sigristenkellers hätten im Vergleich zu früher abgenommen, da die Infrastruktur und die personel-



Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr. 7. Dezember 2009
Sitzung vom

len Strukturen nicht mehr vorhanden seien. Der Stadtratsantrag werde deshalb unterstützt. Der Antrag handle weitsichtig. Dies sei ein Zeichen für Bülach als lebendige Stadt und verhindere, dass Bülach eine Schlafstadt in der Agglomeration Zürich werde.

Andrea Spycher führt namens der SVP-Fraktion aus: „Im März 2007 wurde im Gemeinderat bereits intensiv und emotional über den Betriebsbeitrag an den Guss diskutiert. Es ist richtig, in der Zwischenzeit sind ein paar Punkte, welche an der damaligen Debatte gefordert wurden, erfüllt. Es liegt ein Kulturkonzept vor, eine neue Leistungsvereinbarung wurde erarbeitet und die neue Strategie heisst Kultur, Begegnung und Raumvermietung.

Das ist alles schön und gut. Die Meinung, dass mit der neuen Strategie die Auslegung der Ziele besser definiert ist, teilt die SVP nicht! Diese Aussage widerspricht der Klausel in der neuen Leistungsvereinbarung, die wie folgt lautet: ‚das Zentrum kann sich nach Bedarf weiterentwickeln‘. In der Weisung steht ausserdem klar, ‚das Zentrum ist aktiv im Fördern und Ermöglichen von Kultur‘. Ich frage Sie, wie, wenn nicht nach Beliebigkeit der Auslegung, ist das zu verstehen?

Ausserdem findet Kultur und Begegnung in allen Bülacher Vereinen, in jedem auf eine andere, vielfältige Art, auch dank viel Freiwilligenarbeit und grossem Engagement, statt.

Auch finanziell bleibt für unsere Fraktion der Guss leider ein Fass ohne Boden. Meistens hat man im Vorfeld ja nur von der Erhöhung des Betriebsbeitrages von 30'000 Franken auf 116'000 Franken gesprochen. Für alle Anwesenden sei hier nochmals deutlich gesagt: Die Stadt Bülach zahlt heute nebst diesem Beitrag eine zusätzliche Summe für Miete und Unterhalt von 88'000 Franken. Dies ergibt einen jährlichen Betrag von 118'000 Franken. Mit der geforderten zusätzlichen Summe von Fr. 86'000.00 kommen wir sage und schreibe auf einen Betrag von 204'000 Franken pro Jahr.

Wer garantiert uns, dass der Beitrag nicht bald noch grössere Dimensionen annimmt? Kultur muss für uns nicht gratis sein, aber unseres Erachtens ist es ein Affront, dass ein Kultur- und Begegnungszentrum nur am Leben bleibt, dank solch grosser, finanzieller Spritzen durch die Stadt, sprich durch unsere Steuergelder.

Die Fraktion der SVP lehnt deshalb die Erhöhung des Betriebsbeitrags einstimmig und die Aufhebung der Darlehensschuld grossmehrheitlich ab.“

Gemäss **Walter Fehr** habe der Guss 81-80 eine zentrale Funktion. Der Stadtrat habe die Aufgabe in der Leistungsvereinbarung klar umschrieben und mit der Festsetzung des Eigenfinanzierungsgrads von 50 % festgehalten. Das Budget sei realistisch und angemessen und lasse kaum einen



Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr. 7. Dezember 2009
Sitzung vom

grossen Spielraum. Auch nicht für die Rückzahlung des Darlehens. Die Erhöhung des Betriebsbeitrags sei zur Erfüllung des Auftrags erforderlich. Im März 2007 habe der Gemeinderat eine Erhöhung von 120'000 Franken knapp abgelehnt. Heute spreche man von zusätzlichen 86'000 Franken. Heute liege zusätzlich auch eine klare Leistungsvereinbarung vor. Gegenüber 2007 sei es erst noch günstiger. Guss habe wichtigen Auftrag im Kulturleben der Stadt. In diesem Sinne unterstützt die SP den Antrag des Stadtrats für die Sicherung des Guss.

Detailberatung

Fritz Münger betont die Wichtigkeit des Themas. Guss mache etwas für die Stadt und habe nun die Möglichkeit eines Neuanfangs mit der neuen Leistungsvereinbarung. Guss bringe Leistungen, diese seien nicht gratis. Guss sei eine Ergänzung zu den anderen Vereinen und nicht als Konkurrenz anzusehen. Wieso die Bülacher nach Winterthur, Schaffhausen oder Zürich gehen sollen, sieht er nicht ein. Kultur sei ein Teil des Standorts. Er begreife deshalb nicht, weshalb die FDP dazu nein sagen könne. Die FDP laufe mit Scheuklappen durch die Welt. Guss sei ein wichtiges Kultur- und Begegnungszentrum. Bei einer Ablehnung würden schwierige Zeiten auf Bülach zukommen.

Jürg Rothenberger sieht es globaler. Er glaubt, dass eine grundsätzliche kulturpolitische Vorlage diskutiert werden muss. Das Volk soll entscheiden, was mit Guss geschehen soll. Aber auch das Volk solle entscheiden, was mit dem Kulturkonzept geschehen soll. Zwei der Kernmassnahmen, Guss und der Kulturbeauftragte, würden mit grosser Wahrscheinlichkeit durch das Referendum vor Volk kommen. Das Förderungskonzept liege noch nicht vor, aber auch das führt zu Diskussionen. Die Kultur allgemein stehe auf einem wackligen Fundament. Die Leistungsvereinbarung des Guss bedeute auch ein Ja zum Betriebsmodell und zum Controlling. Er möchte beliebt machen, dass man das Volk darüber entscheiden lasse.

Mike Bader bemerkt, die Leistungen im Kulturbereich seien unterschiedlich. Kultur im weitesten Sinne beinhalte auch Sport. Die Erwartungen seien unterschiedlich. Ein FC oder ein EHC werde von der Stadt massiv unterstützt. Ein UHC oder Tennisclubs könne sich von den eigenen Einnahmen tragen. Gleiches gebe es auch in der Kultur. Guss sei ähnlich wie EHC oder ein FC. Es sei eine Bankrotterklärung für Bülach, wenn man sage, dass Guss nicht gebraucht werde, weil man nach Winterthur oder Zürich gehen könne. Er bittet um Unterstützung des Antrags, damit mindestens auch noch das Volk durch ein Referendum mitreden könne. Guss und die Stadt hätten den Antrag ausgearbeitet. Die Rückzahlung des Darlehens und die Erhöhung des Betriebsbeitrags seien ein Paket.



Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr. 7. Dezember 2009
Sitzung vom

Stefan Schnegg weist darauf hin, dass das Kulturkonzept ein Kind der FDP sei. Die FDP habe einen Kulturbeauftragten gewollt und diesen dann abgesägt. Wenn nun die FDP den Guss vors Volk bringen wolle, dann müsse sie auch ja sagen. Ansonsten bestehe nicht einmal die Möglichkeit des Referendums. Die Logik verstehe er aber nicht ganz. Mit dem Kulturkonzept habe die FDP ja dieses Geschäft in Auftrag gegeben.

Barbara Fischer doppelt nach, auch sie glaube der FDP nicht mehr ganz. Vor zwei Jahren sei gesagt worden, ohne Kulturkonzept könne man nicht ja sagen zum Guss. Jetzt sage die FDP, es müsse vom Volk entschieden werden. Das Volk sei aber bereits beim Kulturkonzept miteinbezogen worden und habe mitreden können. Der Bülacher Beitrag sei im Vergleich mit anderen Kulturzentren sicher nicht horrend.

Jürg Rothenberger entgegnet, dass bei der Vernehmlassung im Kulturkonzept mitgearbeitet wurde. Jedoch seien Inputs nicht aufgenommen worden. Er meint, es sei nicht gescheit, am Volk vorbei zu politisieren. Die Mehrheit des Volks würde auch eine Steuersenkung bei 10 Millionen Franken Überschuss wollen. Man dürfe nicht meinen, man wisse, was das Volk wolle.

Denis Faoro meint, das Volk möchte vielleicht nicht immer mehr Steuern zahlen. Das Volk möchte aber auch nicht, dass die Leistungen immer mehr gekürzt werden. Der Staat habe den Auftrag solche Aufgaben zu übernehmen, die Private nicht übernehmen können. Guss sei keine Luxuslösung. Der Eigenfinanzierungsgrad liege bei 60%. Beilage 2 von Antrag und Weisung zeige auf, dass Guss mit vergleichbaren Gemeinden sehr gut da stehe. Dass Bülacher nach Zürich, Winterthur oder Schaffhausen ausweichen sollen, kann er nicht verstehen. Bülach beschwere sich über Zentrumslasten, die getragen werden müssen und Kreisgemeinden die von Leistungen profitieren. Jetzt werde vorgeschlagen, dass Bülacher ausweichen und somit zu Trittbrettfahrern werden sollen.

Stadtpräsident Walter Bosshard erklärt, dass er in vielen Punkten der gleichen Meinung sei, wie sie in der Diskussion dargestellt worden sei. Das Konzept sei aber Sache der Exekutive. Der Workshop, die über 100 Interviews und die Vernehmlassung des Konzepts sowie die Diskussion im Gemeinderat seien die Grundlage dieser Vorlage. Überdies erwähnt er, dass ein weiterer Teil des Kulturkonzepts, nämlich das Förderkonzept, in Bearbeitung sei. Man habe viele Elemente umsetzen können. Das Kulturkonzept solle nicht an einer Abstimmung aufgehängt werden.



Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr. 7. Dezember 2009
Sitzung vom

Barbara Fischer bittet nochmals um Bejahung der Vorlage, damit das Volk beim Ergreifen des Referendums darüber abstimmen könne. Für den Fall, dass der Antrag der Fachkommission II angenommen werden sollte, stelle sie den Antrag, dass die Zinsen zum Darlehen erlassen werden (analog der Handhabung mit dem Alterszentrum).

Abstimmungen

Der Zusatzantrag der Fachkommission II, die bestehende Darlehensschuld des Vereins Guss 81-80 gegenüber der Stadt Bülach in der Höhe von 100'000 Franken müsse der Stadt zurück bezahlt werden, wird mit 15 Stimmen angenommen.

Der Zusatzantrag der EVP, die Zinsen des Darlehens zu erlassen, wird 19 Stimmen angenommen.

In der Schlussabstimmung wird der Erhöhung des jährlichen Cash-Beitrags an das Kultur- und Begegnungszentrum Guss 81-80 von 30'000 Franken auf 116'000 Franken mit 15 Ja : 12 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung zugestimmt.

Der Gemeinderat **beschliesst**:

1. Der Erhöhung des jährlichen Cash-Beitrags an das Kultur- und Begegnungszentrum Guss 81-80 von 30'000 Franken auf 116'000 Franken wird zugestimmt. Der neue Beitrag gilt ab 1. Januar 2010.
2. Die bestehende Darlehensschuld des Vereins Guss 81-80 gegenüber der Stadt Bülach in der Höhe von 100'000 Franken wird nicht erlassen.
3. Die Darlehenszinsen werden dem Verein Guss 81-80 erlassen.
4. Der Stadtrat schliesst mit dem Verein Guss 81-80 eine Leistungsvereinbarung ab.
5. Der Beschluss unterliegt gestützt auf Art. 10 der Gemeindeordnung dem fakultativen Referendum.
6. Mitteilung an den Stadtrat



Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr. 7. Dezember 2009
Sitzung vom

Abstimmungen zum Antrag auf Beschluss des fakultativen Referendums

In der Abstimmung wird der Antrag von Andrea Schmidhauser betr. Beschluss des fakultativen Referendums mit 10 Ja : 12 Nein-Stimmen bei 6 Enthaltungen abgelehnt.

Traktandum 4

Wasserbeschaffung, Zweckverband Grundwassergewinnung Stadtforen (GWS), Erweiterung mit Filterbrunnen Stadtforen 2, Bewilligung Nachtragskredit, Kenntnisnahme finanzielle Regelung Schadenfälle, Genehmigung der Bauabrechnung

Zu diesem Geschäft liegen die Abschiede der Fachkommission I und der RPK vor.

Beide empfehlen, dem stadträtlichen Antrag sei zuzustimmen.

Die RPK stellt folgenden Zusatzantrag: „Zusätzlich wird die Krediterhöhung um 980'000 Franken auf neu 2'860'000 Franken durch den GWS bewilligt (als Ergänzung zum Punkt 2 des Antrags, Intervention des Bezirksrats).“

Die Fachkommission I hätte zwischenzeitlich Informationen des Stadtrats zuhanden des Gemeinderats erwartet. Bauprojekte in dieser Grösse dürfen künftig nicht auf Kostenschätzungen basieren, sondern es sollte jeweils ein Vorprojekt erstellt werden.

Die Fachkommission I hat keine Bemerkungen zu machen.

Beat Guyer erklärt namens der RPK: „Im Juni 1991 wurde von den Bülachern ein Kredit von gut 18 Mio. Franken gutgeheissen für die Beschaffung von Grundwasser aus dem Rafzerfeld und zur Beteiligung am Bau einer Anlage zur Anreicherung des Rafzerfelder Grundwassers mit Rheinuferfiltrat. Dieses Projekt ist von 1992 bis 1995 erstellt worden. Die Gemeinden Bachenbülach, Embrach und Eglisau haben sich mit Optionsverträgen einen Wasserbezug aus den Anlagen der Stadt gesichert und entsprechende Verbindungsleitungen erstellt. Da in Zwischenzeit Eglisau, Buchberg und Rüdlingen ihr Grundwasserpumpwerk ausser Betrieb nehmen mussten, wurde die Wasserbeschaffung aller Gemeinden neu verhandelt.“



Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr. 7. Dezember 2009
Sitzung vom

Dem Schreiben zur Urnenabstimmung vom 2. Dezember 2001 ist folgende Auflistung zu entnehmen:

	Heutige Konzession		Zukünftige Konzession (ab 2002)	
	m3/d	%	m3/d	%
Bülach	8'000	66.7	11'000	51.9
Eglisau	---	---	4'200	19.8
Buchberg	**	}	750	3.5
Rüdlingen	**		500	2.4
Rafz	*	}	2'700	}
Wil	*		2'135	
Hüntwangen	*		680	
Wasterkingen	*		490	
Total	12'000	100.0	21'200	100.0

* GWVR

** Vorvertrag mit GWVR über Option von 500 m3/d

Die zusätzliche Konzessionsmenge für Bülach von 3'000 m3/d ergibt sich aus dem maximalen Tagesbedarf bei 18'200 Einwohnern (hochgerechnete Einwohnerzahl im Jahre 2020) und den vertraglich vereinbarten Wasserlieferungen an die Anschlussgemeinden. Die Konzessionsmenge von 11'000 m3/d dürfte bis 2020 für eine sichere Wasserversorgung ausreichen, zumal aus dem Grundwasserpumpwerk Herrenwis noch bis zu 3'000 m3/d bezogen werden können.

Maximaler Tagesbedarf 2020 für Bülach	m3/d
Bülach	9'000
Anschlussgemeinden	
- Embrach	1'00
- Bachenbülach	0
- Glattfelden	500
	500
Total	11'000

Daraus gab sich die Gründung des Zweckverbandes Grundwassergewinnung Stadtforen.

Mit der Erhöhung der Konzessionsmenge um 9200 m3/d auf 21'200 m3/d musste ein zweiter Filterbrunnen sowie ein dritter Versickerungsbrunnen geplant werden. Für dieses Bauwerk wurde eine Kostenschätzung von Fr. 1'880'000 gemacht.



Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr. 7. Dezember 2009
Sitzung vom

Bauprojekt:

Das Projekt stand schon bald nach Beginn der definitiven Planung aus verschiedenen (externen) Gründen unter schlechten Vorzeichen. Der bewilligte Kredit von Fr. 1'880'000 wurde wegen grosser technischer Probleme am 28. September 2005 in der Kompetenz der Exekutivbehörden (unter entsprechender Information der Bevölkerung in der Zeitung am 28. Oktober 2005) auf Fr. 2'860'000 erhöht. Die Gründe können der Ihnen vorliegenden Weisung vom 9. September 2009 entnommen werden. Im Herbst 2007 konnte die Anlage in Betrieb genommen werden.

Bei der Abrechnung des Projekts beschloss die BBK eine Umlagerung von Fr. 187'492.10 aus der Bauabrechnung für die Erweiterung des Grundwasserpumpwerks in die Investitionsrechnung 2008. Dieser Betrag wurde für Arbeiten im Zusammenhang mit der Schutzzonenausscheidung ausgewiesen, wobei die finanziellen Abgrenzungen nicht völlig klar sind.

Aus Sicht der RPK ist das Projekt als Ganzes mit Kosten von insgesamt mehr als 50% über dem ursprünglichen, allerdings auf einer Kostenschätzung basierenden Budget unbefriedigend abgewickelt worden. Dank den richtigen Entscheiden rund um den Schadenfall konnte eine noch höhere Überschreitung verhindert werden. Trotzdem gab es am Schluss nochmals Mehrkosten von Fr. 86'981.30 über dem bereits erhöhten Kredit.

Einige Arbeiten wurden von den Ingenieuren ohne entsprechende Aufträge durch die BBK abgerechnet, andere Aufträge wurden von der BBK ohne Vorgabe eines Kostenrahmens erteilt. Die finanzielle Führung des Projektes war somit nicht immer straff genug.

Krediterhöhung:

Gemäss Schreiben des Bezirksrats vom 20. September 2005 ist der Nachtragskredit nachträglich bei den zuständigen Organen genehmigen zu lassen. Eine „zur Kenntnisnahme“ wie es der städtliche Antrag beantragt, reicht somit nicht aus.

Antrag:

Die RPK beantragt, die Krediterhöhung von Fr. 980'000 auf Fr. 2'860'000 durch die GWS nachträglich zu bewilligen. Der Nachtragskredit ist zu genehmigen, lediglich die Kenntnisnahme genügt nicht.



Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr. 7. Dezember 2009
Sitzung vom

Aus finanztechnischer Sicht ist die Abrechnung in Ordnung. Die RPK Bülach beantragt, die Abrechnung für die Erweiterung des Grundwasserpumpwerks im Betrag von Fr. 2'946'981.30 mit Mehrkosten von Fr. 86'981.30 gegenüber dem aufgestockten Kredit zu genehmigen. Staatsbeiträge werden nach Abnahme der Bauabrechnung beantragt.

Die RPK beantragt den Bruttokostenanteil für die Stadt Bülach von Fr. 972'678.55 und die daraus resultierende Kreditüberschreitung von brutto Fr. 359'798.55 aufgrund der Abrechnung der Abteilung Finanzen vom 27. August 2009 nachträglich zu genehmigen“.

Stadtrat Hanspeter Lienhart dankt der Fachkommission I und der RPK für die zustimmenden Abschiede. Das Geschäft sei mit allergrössten Problemen konfrontiert worden. Im Verfahren habe man den Ingenieur ausgewechselt. Er sei froh über die gute Botschaft, dass nun alles funktioniere.

Fraktionserklärungen

Alfred Schmid erklärt namens der FDP-Fraktion, die Geschichte rund um die Erweiterung der Grundwassergewinnung Stadtforen könne man wahrscheinlich einen Bestseller unter dem Titel „Die Wirren eines Bohrlochs“ veröffentlichen.

Die EVP findet es gemäss **Stefan Schnegg** komisch, dass der Gemeinderat dieses Geschäft nun einfach annehmen müsse. Es bleibe ein komisches Grundgefühl.

Abstimmungen

Dem Änderungsantrag der RPK, zusätzlich die Krediterhöhung um 980'000 Franken auf neu 2'860'000 Franken durch den GWS zu bewilligen, wird einstimmig zugestimmt.

In der Schlussabstimmung wird das Geschäft einstimmig genehmigt.

Der Gemeinderat **beschliesst**:

1. Die zwischen GWS und Bezirksrat Bülach im Herbst 2005 abgesprochene Vorgehensweise zum Ergänzungskredit, welchen der Stadtrat folge dessen mit Beschluss Nr. 307 vom 14. Dezember 2005 bewilligt hat, wird zustimmend zur Kenntnis genommen.



Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr. 7. Dezember 2009
Sitzung vom

2. Die Krediterhöhung um Fr. 980'000.00 auf neu Fr. 2'860'000.00 durch den GWS wird nachträglich bewilligt.
3. Die Bauabrechnung für die Erweiterung der Grundwasserfassung Stadtforen 2 mit Baukosten von Fr. 2'946'981.30 wird genehmigt.
4. Der Bruttokostenanteil für die Stadt Bülach von Fr. 972'678.55 und die daraus resultierende Kreditüberschreitung von brutto Fr. 359'798.55 aufgrund der Abrechnung der Abteilung Finanzen vom 27. August 2009 wird nachträglich genehmigt.
5. Von der mutmasslichen Nettobelastung der Stadt Bülach von Fr. 86'199.10 wird zustimmend Kenntnis genommen.
6. Die Abteilung Finanzen wird ermächtigt, nach Eingang des definitiven Staatsbeitrags und der Berechnung der definitiven Vorsteuerkürzung die definitive Abrechnung zu erstellen und das Geschäft abzuschliessen. Dem Gemeinderat ist eine Kopie der definitiven Abrechnung zur Kenntnisnahme zuzustellen.
7. Mitteilung an den Stadtrat

Traktandum 5

Fragen an Kommissionen und Stadtrat

An der letzten Gemeinderatssitzung rügte die FDP den Stadtrat unter den Traktanden Bauabrechnung Winterthurerstrasse und Bauabrechnung Sanierung Allmendstrasse, Feldstrasse – Kehrplatz bei der A51 Kloten – Bülach, weil die Submissionsverordnung umgangen worden sei.

Stadtrat Hanspeter Lienhart belegt, dass die Submissionsverordnung eingehalten worden ist. Die Auflistung der Beträge ist der Beilage 5 zu entnehmen.

Alfred Schmid fragt, welches Resultat mit der städtischen Kampagne betr. die Problematik des Abwassers erzielt worden sei und ob dadurch Kosten eingespart werden konnten.



Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr. 7. Dezember 2009
Sitzung vom

Stadträtin Hanni Guyer erklärt, die Abwasserkampagne bestehe aus drei Teilen. Einerseits aus der WC-Rolle mit dem Piktogramm-Faltblatt und andererseits aus dem Quartett-Spiel. Als drittes habe die Werkabteilung im 2008 und 2009 einen Stand am Handfest betrieben und wertvolle Aufklärungsarbeit geleistet. Das Echo am Stand sei gross gewesen und habe zu vielen Aha-Erlebnissen über falsch entsorgte Abfälle geführt. Auch andere Kläranlagen hätten ihr Interesse an der Kampagne bekundet. Um die Frage zu beantworten, welche Kosten eingespart werden können, sei es noch zu früh. Ende Jahr komme die Abrechnung der Mengen des Rechenguts, welches entsorgt wurde. Dann könne man Vergleiche mit den Vorjahren machen.

Traktandum 6

Verschiedenes

Informationen der Vorsitzenden

Rechtsbelehrung

Die Vorsitzende verweist auf § 151 des Gemeindegesetzes. Auf ihre ausdrückliche Frage betreffend die Geschäftsführung werden keine Einwände erhoben.

Die Vorsitzende wünscht zum Schluss allen frohe Festtage und einen guten Rutsch ins neue Jahr.

Bülach, 14. Dezember 2009

Für die Richtigkeit:

Denise Meyer, Ratssekretärin

Geprüft:

Esther Caviola
Gemeinderatspräsidentin



Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr. 7. Dezember 2009
Sitzung vom

Andrea Spycher
1. Vizepräsidentin

Nadine Calislar-Bangerter
2. Vizepräsidentin

Geht an:

- Mitglieder des Gemeinderats
- Mitglieder des Stadtrats
- Stadtschreiber
- Stadtschreiber-Stv.
- Ratssekretärin
- Protokollsammlung